

STADT SCHMALLEMBERG

Presse - Mitteilung

Nr.: 76/2010

Datum: 16.12.2010

Auskunft: Herr Beste

Amt für Stadtentwicklung

Expertenrunde zur Intensivtierhaltung

Bereits am 8. Dezember 2010 lud die Stadt Schmallenberg in die Stadthalle zu einem Expertengespräch zum Thema "Steuerung von Tierhaltungsbetrieben im Außenbereich". Bürgermeister Bernhard Halbe diskutierte mit Vertretern aus Kommunalpolitik, der Bezirksregierung, dem Hochsauerlandkreis und dem Fachkrankenhaus Kloster Grafschaft sowie mit Fachleuten aus der Landwirtschaft, der Tourismuswirtschaft und Städteplanung. Ziel des Gesprächs war es, Möglichkeiten und Methoden auszuloten, mit denen die von Intensivtierhaltungsbetrieben ausgehenden schädlichen Auswirkungen von hierfür sensiblen Gebieten ferngehalten werden können.

Die Grundlage der Diskussion bildete ein Fachvortrag des Planungsbüros "VDH Projektmanagement GmbH" aus Erkelenz. In diesem berichtete das Team der VDH auch über Erfahrungen mit den dargestellten Steuerungsinstrumenten in anderen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen.

Bei den Teilnehmern fand besonders die Ausweisung einer sogenannten Vorrangfläche im Flächennutzungsplan Beachtung, mit welcher gewerbliche Tierhaltungsbetriebe am geeignetsten Ort konzentriert werden können.

Landwirtschaftliche Tierhaltungsbetriebe erfasst eine solche Vorrangfläche jedoch nicht. Diese zeichnen sich unabhängig von ihrer Größe dadurch aus, dass ihnen eine ausreichend große Fläche zur Verfügung steht. Auf dieser Fläche muss es laut Rechtsprechung theoretisch möglich sein, mindestens 51 % der Futtergrundlage für die gehaltenen Tiere zu erbringen. Auf den tatsächlichen Anbau von Futtermitteln kommt es dabei nicht an.

Alle Teilnehmer waren sich einig, dass der Schutz sensibler Gebiete nur unter Berücksichtigung der berechtigten Belange der örtlichen Landwirte erfolgen kann. Anhand der landesweit rasant steigenden Zahl an Intensivtierhaltungsbetrieben wurde jedoch deutlich, dass betroffene Gemeinden steuernd eingreifen müssen. Auf die mittlerweile auf Bundesebene diskutierte Gesetzesänderung, welche die Ansiedlung großer Ställe erschweren soll, sollten die Kommunen besser nicht vertrauen.